

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

am Ostermontag machte eine Meldung die Runde, nach der sich die israelische Regierung mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR darauf verständigt habe, von ca. 40 000 illegalen Einwanderern aus Nordafrika, die den sozialen Frieden in Israels Städten seit Jahren stören, annähernd die Hälfte nach Mitteleuropa – und hier insbesondere Deutschland – umzusiedeln. Kurz nachdem sich Vertreter der deutschen Regierung ahnungslos gezeigt hatten, bezeichnete Israels Premierminister Benjamin Netanyahu den Plan (der eine im Januar beschlossene Rückführung dieser „Flüchtlinge“ ersetzen sollte) als gegenstandslos. Er gab damit dem Druck aus seinen eigenen politischen Reihen statt. Man fürchtete, daß das für die in Israel verbleibenden Personen dann vorgesehene Aufenthaltsrecht zu einem neuen „Flüchtlingszustrom“ führen würde.

Dieser Vorfall gibt zu den folgenden Anmerkungen Anlaß:

Daß das vorstehend skizzierte „Flüchtlingsabkommen“ überhaupt zustande kommen konnte, bestätigt die immer wieder vermuteten Pläne der Vereinten Nationen, Migranten weltweit nach letztlich eigenem Gutdünken zu verschieben. Dies geht auch aus einem im Januar von UN-Generalsekretär António Guterres veröffentlichten Bericht hervor. Schon in dessen Vorwort wird die „Ausarbeitung eines handlungsorientierten globalen Paktes“ gefordert, um eine „konkrete Strategie zur Bewältigung großer Migrationsmengen“ zu erreichen. Zwar soll dieser Pakt – an dem sich die USA erklärtermaßen nicht beteiligen werden – kein völkerrechtlich bindendes Abkommen werden. Doch daß sich die Europäische Union und vorneweg Deutschland (!) ihm anschließen und ihn unterstützen werden, steht nach heutigem Stand außer Frage!

Dafür spricht auch der aktuelle Koalitionsvertrag, in dem Union und SPD das von den Vereinten Nationen vorgegebene Ziel einer „Um- und Ansiedlung“ explizit aufgenommen haben. Weil sie ein „Motor des Wirtschaftswachstums“ sei, müsse laut Guterres – stark zusammengefaßt, aber auf den Punkt gebracht – die Pro-Migrations-Propaganda intensiviert werden. Zwar sei es, heißt es weiter, ein berechtigtes Anliegen der Bürger in den Zielländern, „sichere Grenzen zu verlangen und darüber zu entscheiden, wer ihr Hoheitsgebiet betreten und bleiben darf“. Doch weil eine darauf ausgerichtete Migrationspolitik kontraproduktiv sei und die „Verwundbarkeit der Migranten“ erhöhe, dürfe man sie nicht anstreben.

Der UN-Bericht propagiert damit weitgehend eine in Deutschland schon seit Jahren anzutreffende Vermengung von Arbeits- und Fluchtmigration. Im Klartext: Auf den europäischen Arbeitsmärkten eigentlich chancenlose Migranten wählen den „Umweg“ über eine vorgebliche Fluchtmigration, um überhaupt nach Europa einwandern und dort (möglichst auf Dauer) bleiben zu können. Die damit für sie verbundenen Vorteile (z.B. Zugang zu Sozialleistungen, auf die sie als Arbeitsmigranten oft keinen Anspruch hätten) werden dafür gerne in Kauf genommen . . .

„Echte Flüchtlinge“ haben dagegen oft gar kein Interesse daran, nach Europa zu gehen. Sie möchten vielmehr in der Nähe ihrer Heimat bleiben, um nach einer Verbesserung der dortigen Verhältnisse so schnell wie möglich zurückkehren zu können. Ihr Anteil an den nach Europa gerichteten Migrationsströmen wird von kritischen Experten hinter oft vorgehaltener Hand als „vergleichsweise klein“ bezeichnet.

Im Mittelpunkt des UN-Berichts stehen daher nicht die heimkehrorientierten politischen und Kriegsflüchtlinge, sondern bleibeorientierte Sozialmigranten. Mit ihrem vorgeschlagenen „Pakt“ wollen die Vereinten Nationen letzten Endes gezielt Einfluß auf die hochentwickelten Industrienationen nehmen, damit sich diese für eine wahrscheinlich noch deutlich zunehmende Zahl von (oft eigentlich illegalen) Migranten öffnen. Die sich daraus für die Sozialsysteme zwangsläufig ergebenden Belastungen und Gefahren werden verschwiegen.

Angesichts der vor allem für den afrikanischen Kontinent noch zu erwartenden Bevölkerungsexplosion wären eine Eindämmung des Bevölkerungszuwachses durch eine gezielte Bevölkerungspolitik sowie eine Förderung der Wirtschaft der betroffenen Länder das Gebot der Stunde. Doch die Vereinten Nationen setzen offenbar eher auf einen gezielten „Export“ möglichst vieler Menschen nach Mitteleuropa. Und die deutsche Regierung zeigt keinerlei Neigung, dieser Entwicklung auch nur ansatzweise Einhalt zu gebieten . . .! (tb)

2 **Frankreich: Oster-Gottesdienste unter strengem Polizeischutz**

Angesichts der aktuellen Terrorgefahren boten die französischen Behörden für die diesjährigen Oster-Gottesdienste einen massiven Polizeischutz auf. Landesweit waren nach Angaben eines Sprechers des Innenministeriums 41 000 Polizisten und 29 000 Gendarmen (militärisch organisierter Wachkörper zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit) im Einsatz. In Paris wurde insbesondere die Kathedrale Notre-Dame massiv überwacht. An den Eingängen gab es strenge Personen- und Taschenkontrollen. Um sich vor dem Verdacht einer „Diskriminierung“ einzelner Bevölkerungsteile von vornherein zu schützen, zwangen die Sicherheitskräfte nach Augenzeugenberichten selbst „alte französische Damen“ dazu, den Inhalt ihrer kleinen Handtasche auszubringen . . . (tb)

3 Londons „EU-Häftlinge“

Nach Angaben des britischen Justizministeriums saßen im vergangenen Jahr mehr als 4000 EU-Bürger in britischen und walisischen Gefängnissen ein. Mehr als die Hälfte war zu Haftstrafen von mindestens zwölf Monaten oder mehr verurteilt. Die meisten dieser Gefangenen stammten aus Polen (rund 900), gefolgt von Rumänien mit etwa 600 Häftlingen. Jetzt nahm die den Brexit befürwortende Organisation „Get Britain Out“ diese Zahlen zum Anlaß, sich über bestehende EU-Reglungen, die eine Abschiebung dieser Häftlinge in ihre Heimatländer erschweren, zu beklagen. Den britischen Steuerzahlern, heißt es, entstünden daraus erhebliche Kosten.

In Großbritannien mehren sich jetzt diejenigen Stimmen, die eine im Zuge des Brexit auch verschärfte Abschiebepaxis bei Häftlingen aus den EU-Staaten fordern. Wer zu 12 Monaten Haft oder mehr verurteilt werde, heißt es oft, solle auch abgeschoben werden. Eine schon jetzt bestehende Abschiebemöglichkeit für immerhin rund 1400 Häftlinge, die zu mehr als 4 Jahren verurteilt wurden, wurde allerdings bisher kaum genutzt. Seit dazu der EU-Beschluß zur Überstellung von verurteilten Personen im Jahr 2011 in Kraft getreten ist, wurden jedenfalls nur 217 Personen entsprechend abgeschoben und die meisten sind noch immer in britischen bzw. walisischen Gefängnissen.

Londons besonderes Interesse an einer Abschiebung verurteilter Häftlinge läßt sich im übrigen auch mit der britischen Haft-Statistik erklären. Nach Angaben des Europarats liegt jedenfalls dort der Anteil von Häftlingen an der Gesamtbevölkerung mit annähernd 150 Gefangenen pro 100 000 Einwohner deutlich höher als der europaweite Durchschnitt (etwa 100 pro 100 000, in Deutschland sind es knapp 80). (tb)

4 „Geisterlandungen“

Die italienischen Behörden zerschlugen Mitte April einen Schleuserring, der Migranten und Zigaretten von Tunesien über das Mittelmeer nach Italien brachte. Sie kassierten pro Person bis zu 5000 € und nutzten freien Stauraum noch für den Zigarettenmuggel. Die 13 festgenommenen Verdächtigen stammen aus Italien, Tunesien und Marokko. Einige von ihnen scheinen mit dem Dschihad zu sympathisieren und stellen eine „ablehnende Einstellung gegen die westliche Kultur“ offen zur Schau.

Seit dem letzten Sommer verzeichnet Italien vor allem auf Sizilien wieder einen deutlichen Anstieg der Zahl tunesischer „Einwanderer“. Das Innenministerium spricht von etwa 6000 Personen im Jahr 2017 und bereits 1300 seit Anfang 2018. Hinzu kommt noch eine unbekannte Anzahl sogenannter „Geisterlandungen“, bei denen sich nur noch nasse Kleidung am Strand findet und von den betreffenden Personen jede Spur fehlt. (tb)

5 Nordkorea und der „Vergeltungsschlag“ in Syrien

Laut einer CNN-Meldung sei es das höchste Ziel der USA, Nordkoreas Diktator Kim Jong-un von einem Verzicht auf Atomwaffen zu überzeugen. Doch gerade der kürzlich unter US-Federführung durchgeführte Luftschlag gegen eine angebliche syrische „Gasfabrik“ könnte die darauf ausgerichtete Verhandlungstaktik der USA hintertreiben. Dieser Auffassung ist jedenfalls der Vizechef des strategischen US-Informationsdienstes Stratfor, Rodger Baker. Genau diese, gegen einzelne Regime gerichteten Handlungen der USA, so Baker, seien schließlich der Grund für Nordkoreas Atomwaffenprogramm.

Nordkorea, so heißt es bei CNN weiter, betrachte seine strategischen Atomwaffen als eine Art Versicherung gegen jegliche Versuche der USA oder ihrer Verbündeten, einen Regimewechsel in Pjöngjang zu erreichen. Zur Begründung verwies man bei CNN schließlich auch auf die Geschichte des libyschen Herrschers Muammar al-Gaddafi, der nach monatelangen Verhandlungen u.a. mit den USA auf die Weiterentwicklung von Chemiewaffen verzichtet hatte und später gleichwohl von außen her gestürzt wurde.

Nicht nur an Pjöngjang gerichtet wies der US-amerikanische Politologe Mike Chinoy im Februar in einem Interview darauf hin, daß Washingtoner Verhandlungspartner nicht stets mit einer buchstabengetreuen Einhaltung der Verhandlungsergebnisse durch die US-Führung rechnen dürften. Gleichwohl, so Chinoy sinngemäß, gäbe es für Nordkorea durchaus eine Möglichkeit, auf Atomwaffen zu verzichten. Im Gegensatz zu einigen anderen verfüge Pjöngjang dann schließlich immer noch über eine große Armee, die die südkoreanische Hauptstadt Seoul stets und leicht ins Visier nehmen könnte. (tb)

6 USA bauen russische Waffen nach

Weil die im geheimen von den USA u.a. in Syrien geführten „Kämpferbanden“ am liebsten mit russischen Waffen hantieren und das US-Pentagon diese aus verständlichen Gründen nicht „offiziell“ erwerben kann, wurden nun US-Firmen mit dem Nachbau verschiedener russischer Waffentypen beauftragt. Ein Großteil dieser Aufträge, für die innerhalb von zwei Jahren bis zu 800 Mio. US-Dollar ausgegeben werden sollen, soll Nachbauten von Sturm- und Maschinengewehren, Scharfschützengewehren und Panzerabwehrwaffen sowie die entsprechende Munition betreffen, darunter natürlich auch die sogenannte „Kalaschnikow“.

Auf dem Weltmarkt existieren bereits einige Kopien vor allem russischer Maschinengewehre. China und Serbien stellen diese in offizieller Lizenz her und bulgarische Anbieter fluten derzeit den Markt mit Raubkopien. Demnächst wird es nun also auch Nachbauten US-amerikanischer Herkunft geben. (tb)

7 Neue „Soforthilfe für Griechenland“

Die EU-Kommission hat im Rahmen einer neuen „Soforthilfe für Griechenland“ neue Mittel in Höhe von 180 Mio. € bereitgestellt. Sie dienen u.a. zur Aufstockung des Programms „Emergency Support to Integration and Accommodation“, mit dem die Unterbringung von Migranten und ihren Familien in griechischen Städten und auch deren Versorgung mit Bargeld gefördert wird. Für den zyprischen EU-Kommissar Christos Stylianides (zuständig für „Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement“) ist dies „ein klares und deutliches Zeichen der europäischen Solidarität“. Man werde auch „weiterhin entschlossen dafür eintreten, den Flüchtlingen in Griechenland ein sicheres, normales und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und ihre Integration in die lokale Wirtschaft und Gesellschaft (wenn sie dies denn wollen, Anm. der Red.!) zu fördern“. (tb)

8 „Dann wären wir ein geschlossenes Krankenhaus“

Die deutschen Krankenhäuser entwickeln sich zunehmend zu einem Ort, an dem die unterschiedlichen Mentalitäten der in Deutschland immer vielfältiger vertretenen Volksgruppen hart aufeinanderprallen. Ein zunehmendes Konfliktfeld sind dabei beispielsweise die Besuchsregelungen. Das Bedürfnis auch vieler deutscher Patienten nach familiärer oder freundschaftlicher Nähe anerkennend, gibt es in den meisten Häusern keine festen Besuchszeiten mehr. Besuch wird grundsätzlich geduldet, wenn er die klinischen Abläufe und die Ruhe der Mitpatienten nicht stört. Doch in anderen Kulturkreisen sieht man dies anders. Oft kommen hier ganze Familien zu Besuch, verbringen Stunde um Stunde im Krankenhaus und reagieren manchmal sehr schnell mit „Diskriminierungsvorwürfen“, wenn sie gebeten werden, ihr Verhalten zumindest ein wenig den deutschen Gepflogenheiten anzupassen.

In manchen Fällen kommt es dann auch zu wüsten Drohungen und anderen Konfrontationen. So z.B. kürzlich in Bielefeld, als zwei kurdische Brüder ihren demenz- und herzkranken Vater von der Intensivstation nach Hause mitzunehmen gedachten, was dieser nach Auffassung des verantwortlichen Arztes kaum überlebt hätte. Während eines heftigen Streits mit dem Pflegepersonal erlitt der alte Herr schließlich einen Herzstillstand und er verstarb. Einige Stunden später stürmten zwölf Mitglieder der Familiensippe die Intensivstation, was einen Polizeieinsatz erforderlich machte. Und dann behaupteten Familienmitglieder, der Vater sei von den deutschen Ärzten ermordet worden. Dazu Klinik-Geschäftsführer Georg Rüter: „Leider sind oft Bürger mit Migrationshintergrund besonders aggressiv. Die spielen oft die Karte der Ausländerfeindlichkeit. Das weise ich aber sofort zurück, wir sind ein Haus aller Nationalitäten.“

Der Stuttgarter Chefarzt Dominik Alscher fürchtet aus diesem Grund, daß aus den Kliniken in Zukunft „geschlossene Anstalten“ werden könnten: „Wir haben bereits fast jeden Tag die Polizei im Haus, weil der private Sicherheitsdienst oft nicht ausreicht. Wenn man das weiterdenkt, würde man irgendwann eine Polizeiwache im Haus brauchen. Das geht natürlich nicht. Im Moment sind wir noch eine offene Klinik. Wir kontrollieren Besucher nicht, man kommt überall hinein. Kranke Menschen brauchen ja Kontakt mit Angehörigen und Freunden. Wir beginnen aber schon, einzelne Bereiche wie beispielsweise die Entbindungsstation zumindest nachts zu schließen. Sollte sich die Sicherheitslage für Mitarbeiter und Patienten weiter verschlechtern, müßten wir den Zugang streng regulieren. Dann wären wir ein geschlossenes Krankenhaus.“ (tb)

9 Maas' Lachnummer

Noch als Bundesjustizminister veröffentlichte der jetzige Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) das Buch „Aufsehen statt wegducken. Eine Strategie gegen Rechts“. In der Ausgabe I/2018 der Vierteljahresschrift „Neue Ordnung“ wurde nun über bei „Amazon“ veröffentlichte Rezensionen dieses Buches berichtet. Um es vorwegzunehmen: Offenbar fanden nur drei Leser (weniger als 1 %) Gefallen an dem Buch, die anderen verrissen laut „Neuer Ordnung“ Buch und Autor wie folgt:

„93 % der Leser haben das Buch mit der schlechtestmöglichen Bewertung, einem Stern, versehen: ‚Satireroman‘, ‚Hetzbuch‘, ‚schlimmes Machwerk‘, ‚erschreckendes Zeichen dafür, wes Geistes Kind Maas ist‘, ‚ein widerwärtiges Buch‘, ‚Nullnummer von der Niete‘, ‚sprachlich und inhaltlich eine Schande‘ – so lauten die Urteile, denen jeweils tausende Amazon-Kunden zugestimmt haben. ‚Schreiben kann er also auch nicht. Was kann er eigentlich?‘, heißt es über Maas, der sogar als ‚Stasi-Zwerg‘ und ‚freiheitsfeindlicher Sack‘ bezeichnet wird. ‚Der mit Abstand größte Mist, der je gedruckt wurde – am besten ungelesen als Grillanzünder benutzen‘, faßte ein anderer Leser zusammen.“

„Noch lustiger“ sind laut der Quartalsschrift „die gerade 20 von 354 Rezensionen, die dem Buch fünf Sterne gegeben haben: ‚Paßt vom Format ideal unter mein defektes Tischbein‘ lobt ein Leser, und einem anderen ist es fünf Sterne wert, daß sich Maas mit dem Buch endgültig als ‚schlechtester und verlogenster Minister aller Zeiten‘ entlarvt habe. Auch die Fünf-Sterne-Rezensionen sind also voller Spott und Häme, insgesamt haben offenbar nur drei von 354 Lesern, also nicht einmal 1 %, das Buch tatsächlich für gut befunden.“ (tb)

10 NRW-„Heimatsförderung“ auch für islamische Kulturvereine

Das in Nordrhein-Westfalen von Ina Scharrenbach (CDU) geleitete Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung soll sein mit einem Jahresetat von mehr als 100 Mio. € ausgestattetes Heimat-Förderprogramm auch für islamische Kulturvereine öffnen. „Natürlich können sich auch islamische Kulturvereine um Heimatpreise und Fördergelder bewerben, die das Heimatministerium ausloben wird“, erklärte Scharrenbach. Man wolle schließlich „fördern, was Menschen verbindet“ und dabei auch fragen, „was verbindet uns mit anderen Ländern“ . . .

In der NRW-CDU stößt Scharrenbach mit ihrer Sicht der Dinge nicht nur auf Gegenliebe. Der versierte CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach sagte dazu z.B. vor Zeitungsreportern: „Daß ausgerechnet unter der Überschrift ‚Heimatsförderung‘ jetzt auch islamische Kulturvereine unterstützt werden können oder sollen, ist doch sehr irritierend.“ (tb)

11 Gefahr durch „rechtsfreie Räume“

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alexander Dobrindt, stellte sich in der Debatte um „rechtsfreie Räume in Deutschland“ an die Seite von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). In manchen Bundesländern könne man laut Dobrindt tatsächlich den Eindruck bekommen, daß „linke Chaoten (andere würden auch von kriminellen Linksextremisten sprechen, die Red.) eher geschützt als bestraft werden“. „Beispiele von linken Propagandahöhlen wie die Rote Flora in Hamburg oder die Rigaer Straße in Berlin lassen die Bürger am Rechtsstaat zweifeln. Wenn dann auch die Polizei in manchen Bundesländern nur mangelnden politischen Rückhalt genießt, gibt der Staat einen Hebel zur Rechtsdurchsetzung aus der Hand“, mahnte Dobrindt. Dieser Sorge schloß sich kürzlich der Berliner Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Bodo Pfalzgraf, ausdrücklich an: „Erste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen. Versagt der Staat dabei, ist unsere Demokratie in Gefahr. Denn die Menschen wenden sich einfach ab.“ (tb)

12 EZB verlangt Krisenplan von Deutscher Bank

Die EZB hat die Deutsche Bank aufgefordert, einen Krisenplan vorzulegen, in dem die Folgen ihres Ausstieges aus dem Investmentbanking simuliert werden. Angeblich nur routinemäßig wollen sich unsere Währungshüter darüber ein Bild machen, wie das billionenschwere Derivatebuch im Investmentbanking der Deutschen Bank abgewickelt werden könnte. Simuliert werden soll eine Abspaltung bzw. Auflösung der riskanten Positionen zur Vorbereitung oder als Folge eines Krisenszenarios. Dahinter steht die offenkundige Hoffnung, daß eine derartige Rettung (nicht nur) der Deutschen Bank im Krisenfall die Steuerzahler und Sparer weniger belasten könnte als eine Abwicklung im Rahmen einer Pleite. (eh)

13 Leidensdruck für Sparer

Sparer müssen zur Zeit leidensfähiger denn je sein. Beinahe Null-Zinsen bei einer inzwischen wieder die 2-Prozent-Marke tangierenden Inflationsrate führen Jahr für Jahr zu einem sicheren Wertverlust des Ersparten. Hinzu kommt die ungebrochene Begehrlichkeit des Staates, dessen führende Politiker beinahe aller Parteien den deutschen Sparern nur allzu gerne in die Taschen fassen, um das dort „erbeutete“ Geld nach eigenem Gutdünken (und vor allem wählerstimmenwirksam) zu verteilen. Auch für diese Damen und Herren gilt schließlich, daß ihnen das eigene Hemd fast immer näher ist als alles andere. In einem der nächsten Schritte ist nun, da weltweit praktisch alle Banken die Zinserträge Deutscher direkt an den Fiskus übermitteln, mit einer Aufhebung der pauschalierten Abgeltungssteuer auf Zinserträge etc. zu rechnen. Dies wird bei einigen Anlegern zu einer deutlich höheren Steuerlast führen, die den inflationsbedingten Wertverlust nur noch erhöht.

Während die Rendite im US-Dollar-Bereich schon seit einiger Zeit wieder steigt (bei den Zehnjahresanleihen nehmen dort erste Experten die 4%-Marke ins Visier), scheinen die Euro-Zinsen wie an der Beinahe-0%-Marke festgeklebt zu sein. Und weil die meisten Fachleute davon ausgehen, daß der Euro-Raum in der Geldpolitik den USA um ein bis zwei Jahre hinterherhinkt, dürfte dies auch noch für einige Zeit so bleiben. Und überhaupt stellt sich die Frage, ob und wie die meistens „auf Kante genähten“ Staatshaushalte der meisten Euroländer eine wieder deutlich steigende Zinslast verkraften könnten. Denn sollten die durchschnittlichen Zinsen hier nur von 1,5 % auf 3 % steigen (im langjährigen Mittel wären sogar 5 % zu erwarten!) käme dies einer Steigerung um stattliche 100 % gleich, also einer Verdoppelung. Alleine für den Bundeshaushalt würde dies auf Basis der Zinsausgaben des Jahrs 2017 zu einer Erhöhung um mehr als 17 Mrd. € führen!

Im Hinblick auf mögliche Sachwert-Alternativen zu Anleihen und Bankguthaben ist für den Aktienbereich grundsätzlich festzustellen, daß die meisten Beobachter hier für die nächste Zeit mit einem eher volatilen Markt rechnen, der also durch deutliche – und nicht immer nachvollziehbare – Ausschläge nach oben und vor allem nach unten gekennzeichnet sein dürfte. Die Gewinne der großen Aktiengesellschaften dürften in Zukunft tendenziell eher wieder sinken, was für die Kursbewertung meistens ungünstig ist. Kursdrückend würde sich auch ein Zinsanstieg auswirken, wenn er denn kommen sollte (was aber eines Tages unausweichlich sein wird). Aktienanlegern (und solchen, die es noch werden möchten) kann vor dem Gesamthintergrund von dieser Anlageform zwar nicht grundsätzlich abgeraten werden. Doch bei den absehbaren Kursgefahren der nächsten Jahre sollte hierfür auf keinen Fall Geld eingesetzt werden, das man in absehbarer Zeit wieder brauchen wird (z.B. für eine Darlehnstilgung, die Ausbildung der Kinder oder Investitionen anlässlich des eigenen Ruhestands).

Gewerbeimmobilien sind eine Welt für sich, die zwar teilweise höhere Renditen als im Wohnbereich versprechen, dies aber stets mit einem ebenso erhöhten Risiko. Bei Wohnimmobilien sind in einigen Teilmärkten tatsächlich Anzeichen einer „Überhitzung“ zu spüren, doch noch immer gibt es Objekte, bei denen Lage, Preis und die möglichen Erträge ganz einfach zueinander passen. Diese zu finden wird für den Privatanleger allerdings immer schwieriger – mehr hierzu in einer der folgenden Ausgaben.

Es bleiben Edelmetalle, hier insbesondere Gold, dessen Erwerb (ausschließlich in physischer Form) nach wie vor angeraten bleibt. Gegenüber den Niedrigstkursen der Jahre 1999/2000 (als wir im Gegensatz zu den meisten anderen unsere Leser wieder verstärkt auf Gold hinwiesen) hat sich der Goldpreis zwar schon wieder in etwa verfünffacht. Doch wer Gold zur Absicherung eines 10 bis 15%-Anteils seines Vermögens erwirbt (und nichts anderes empfehlen wir), könnte einen erneuten und deutlichen Preisrückgang – den wir zur Zeit allerdings kaum erwarten – durchaus verkraften und würde auch weiterhin von der seit Tausenden von Jahren bewährten „Vermögens-Sicherungsfunktion“ des gelben Edelmetalls profitieren. Inzwischen gibt es in den meisten größeren Städten einen oder mehrere Edelmetallhändler (z.B. Degussa oder Pro Aurum), bei denen im Rahmen der gesetzlichen Prüfungs- und Legitimationspflichten noch immer ein vergleichsweise „diskreter“ Goldkauf möglich ist.

Wichtig ist es, das Edelmetall möglichst sicher zu Hause und nicht etwa in einem Bankschließfach zu verwahren. Denn diese könnten rein theoretisch über Nacht „versiegelt“ und dann unter „Staatsaufsicht“ geöffnet werden. Zu der uns verschiedentlich herangetragenen Frage, ob im Krisenfall nicht einfach der private Goldbesitz verboten werden könnte (wie seinerzeit z.B. in den USA), können wir nur nach wie vor sagen, daß wir damit kaum rechnen. Denn trotz Verbot – und entsprechender Sanktionsandrohungen – würde sich ein Schwarzmarkt mit dort drastisch steigenden Preisnotierungen kaum verhindern lassen. Und dies würde dem eigentlichen Ziel eines privaten Goldbesitzverbotes (in letzter Konsequenz wäre dies eine „Schwächung des Bürgertums“) zuwiderlaufen. Es spricht also nach wie vor nichts gegen den Erwerb und Besitz von Gold! (tb)

14 Für Sie aufgelesen:

„Arbeiten am Computer ist wie U-Boot fahren: Wenn man ein Fenster aufmacht, fangen die Probleme an . . .“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27322 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.